

# Diskussion um Gehwege

Badische  
Zeitung  
28. 2. 2005

## Gottenheimer Vermögenshaushalt mit 400 000 Euro Schulden

VON UNSEREM MITARBEITER  
MARIO SCHÖNEBERG

**GOTTENHEIM.** Mehr als 400 000 Euro neue Schulden, der Verkauf sämtlicher verfügbarer Flächen im Gewerbegebiet sowie Zuschüsse aus dem Landessanierungsprogramm sind die Einnahmen, mit denen Gottenheim den Vermögenshaushalt 2005 stemmen will. Dies beschlossen die Gemeinderäte inklusive einiger kleiner Streichungen im Ausgabenbereich einstimmig. Mit rund 1,7 Millionen Euro Volumen wird der Vermögenshaushalt nun in die Offenlage gehen.

Größte Posten auf der Ausgabenseite sind die etwa 660 000 Euro Zuführung an den Verwaltungshaushalt, es folgen 321 700 Euro für den Kauf von Optionsflächen im Gewerbegebiet, 124 000 Euro für weitere Grundstücksankäufe, rund 300 000 Euro für die Sanierung der Gehweganlage in der Hauptstraße und zusätzliche 90 000 Euro für die Umgestaltung der Tunibergstraße. Außerdem sind der Erwerb und der Ausbau des Fußweges von der Bahn in Richtung Gärtnerrei und Sportplatz, der Neubau eines Radweges entlang der Umkircher Straße, die Beschaffung neuer Büromöbel und einer neuen Registratur fürs Rathaus, Anschaffungen für die Feuerwehr und Zuschüsse zu privaten Sanierungsvorhaben vorgesehen.

Auf Antrag der FBL und der Frauenliste sind noch einige Posten hinzu gekommen, wie 1500 Euro für den Wiedereinstieg beim „Safer-Traffic“-Nachtsbusverkehr und 5000 Euro für eine Untersuchung der Ursachen der innerörtlichen Überschwemmungen. Die weiteren Vorschläge der vier Gemeinderäte wur-

den verworfen oder sollen außerhalb des Haushaltes geprüft werden.

Gestrichen wurden 19 000 Euro zur Befestigung des Parkplatzes am Sportplatz. Hier möchte Bürgermeister Kieber durch Verwendung einer höherwertigen Füllmasse die Schlaglöcher zumindest vorübergehend beseitigen. Die ursprünglich eingeplanten Mehrkosten beim Umbau der Kaiserstuhlstraße sollen wegfallen, gemeinsam mit dem Planer möchte die Verwaltung eine günstigere Lösung erarbeiten. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die vorliegende bereits beschlossene Planung als nicht praktikabel erwiesen hat.

Wurde der Haushaltsentwurf auch einstimmig beschlossen, so gab es doch bei einzelnen Punkte lang anhaltende Diskussionen. So unter anderem zu der mit 356 550 Euro (zuzüglich zu einem bestehenden Haushaltsrest von rund 187 000 Euro) veranschlagten Sanierung der Gehwege in der Hauptstraße. Kurt Hartenbach (FWG) meinte, es wäre höchste Zeit, etwas fürs Ortsbild zu tun, während Wolfgang Streicher (SPD) auf das hohe Haushaltsrisiko hinwies und zumindest eine Streckung der Ausgaben anregte. „Die Gemeinde hat bald zwei Millionen Euro Schulden, hinzu kommen noch rund 600 000 bei der Wasserversorgung und weitere 800 000 beim Moosverband. Das macht zusammen mehr als 3,5 Millionen. Da muss man sich fragen, ob wir Gehwegsanierungen, obwohl sie wichtig sind, nicht schieben sollen. Insbesondere weil ja noch unklar ist, ob die Gewerbegrundstücke auch verkauft werden“, formulierte Streicher seine Bedenken.

Bürgermeister Kieber zeigte sich in Sachen Haushalt zuversichtlicher. Ein Drittel der Grundstücke sei schon weg,

zudem habe man ja noch das für die Halbe vorgesehene Areal in der Bahnhofstraße. Hierfür gäbe es im ungünstigsten Fall 650 000 Euro.

### Den Vereinen genügt ein Lagerplatz

Die Räte einigten sich darauf, in der Hauptstraße zuerst einmal den Bereich bis zum Kronenplatz zu sanieren, sofern das Land Baden-Württemberg als Träger der Landstraße noch 2005 mitmachen würde. Die 10 000 Euro, die für einen Unterstellplatz für Materialien der Vereine eingeplant wurden, sollen umgewidmet werden, beschlossen die Räte später. Walter Hess erklärte, es würde reichen, wenn die Vereine einen freien Platz bekämen. Mit dem Geld soll nun der Bauhof teilweise überdacht werden.

Hoch kochten die Emotionen, als es um die erneute Beteiligung am Nachtsbusverkehr ging. Während Bürgermeister Kieber den Vorschlag begrüßte, wurde Alfons Hertweck (CDU) laut. „Keiner läuft doch nachts in Freiburg mehr zum Busbahnhof. Ich mach da nicht mit. Wenn Jugendliche meinen, erst nach 1 Uhr nach Hause kommen zu müssen, dann müssen wir das nicht noch mit 50 Mark bezuschussen.“ Auch als Lioba Himmelsbach erklärte, dass die Busse ab Bertholdsbrunnen und nicht vom Busbahnhof abfahren würden und darum bat, den Vorschlag nicht von vornherein so emotional abzulehnen, beruhigte sich Hertweck nicht. Er drohte, deswegen dem gesamten Haushalt seine Zustimmung zu versagen.

Am Ende stimmten jedoch sieben Räte dafür, 1500 Euro für eine erneute Beteiligung am „Safer-Traffic“ in den Haushalt einzustellen, vier waren dagegen, einer enthielt sich der Stimme.